



E-Mail: raphael.noser@gruene.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
vernehmlassungen@estv.admin.ch

9. Oktober 2020

Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes und der Mehrwertsteuerverordnung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes und der Mehrwertsteuerverordnung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN anerkennen den vom Bundesrat erläuterten Handlungsbedarf im Bereich der Mehrwertsteuer und begrüssen grundsätzlich die Stossrichtung der Vernehmlassungsvorlage. Kern der Vorlage ist die Neuregelung im Bereich des Versandhandels. Neu sollen demnach elektronische Plattformen – und nicht mehr die Unternehmen, die ihre Produkte über diese Plattformen vertreiben – als Leistungserbringer*innen gelten und somit der Mehrwertsteuerpflicht unterstehen. Diese Massnahme dient der Sicherung der Mehrwertsteuer von ausländischen Versandhändler*innen und behebt somit gewisse Wettbewerbsnachteile von inländischen Anbieter*innen. Die GRÜNEN begrüssen diesen Aspekt der Vernehmlassungsvorlage explizit. Die Begründung, wonach nur der Versandhandel, nicht aber der Dienstleistungsbereich, von der neuen Regelung betroffen sein soll, ist allerdings nicht nachvollziehbar dargestellt. Die GRÜNEN fordern den Bundesrat folglich dazu auf, diesen Aspekt in der Erarbeitung der Botschaft nochmals zu überdenken.

Darüber hinaus weisen die GRÜNEN darauf hin, dass generell eine bessere Regulierung der Plattformökonomie, welche über diese Vorlage hinausgeht, angezeigt wäre. Um eine Aushöhlung des Arbeitsrechts zu verhindern, müssen etwa Menschen, welche ihre Aufträge zu grossen Teilen über die gleiche Plattform beziehen, arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer*innen versichert werden. Im Hinblick auf ein global gerechtes Steuersystem muss ausserdem sichergestellt werden, dass die Globalisierungsgewinne – etwa von global agierenden Technologieunternehmen – allen zugutekommen und der Mehrwert an denjenigen Orten besteuert wird, wo er auch generiert wird. Bislang hat sich der Bundesrat, trotz verschiedenen Vorstössen der GRÜNEN¹, leider geweigert, in diesem Bereich substantielle Verbesserungen voranzutreiben.

¹ Siehe dazu bspw. die [Interpellation 16.3209 Rytz](#): "Sieht der Bundesrat Handlungsbedarf zur Regelung von Uber-Fahrdiensten?", die [Interpellation 16.3585 Glättli](#): "Steuerliche Gleichbehandlung der Sharing Economy (Plattformkapitalismus) und internationale Anstrengungen gegen die Steuervermeidungsstrategie" oder die [Interpellation 17.4296 Glättli](#): "Faire Besteuerung der Internetgiganten. Für eine Ausgleichsteuer auf dem online erzielten Umsatz".

Neben der erwähnten Massnahme im Bereich der Steuersicherung werden in der Vernehmlassungsvorlage eine Reihe von weiteren Anpassungen vorgeschlagen, welche etwa zu administrativen Vereinfachungen führen, dazu beitragen Missbrauch zu verhindern oder – im Sinne von neuen Ausnahmebestimmungen – Ungleichbehandlungen aufheben. Die durch letzteres hervorgerufenen Steuerausfälle sind für die GRÜNEN, angesichts der durch die Vorlage insgesamt herbeigeführten Mehreinnahmen im mittleren zweistelligen Millionenbereich, vertretbar.

Schliesslich begrüssen die GRÜNEN ausdrücklich, dass Produkte für die Monatshygiene neu zum reduzierten Steuersatz von 2,5 Prozent besteuert werden. Diese Massnahme ist ein weiterer, wenn auch kleiner, Schritt hin zur vollständigen Abschaffung der noch immer bestehenden geschlechterspezifischen Diskriminierungen. Die GRÜNEN beantragen allerdings, dass alle grundlegenden Hygieneartikel – wie z.B. Windeln, Seife oder WC-Papier – ebenfalls dem reduzierten Steuersatz unterliegen, da diese zu den essentiellen Gütern des täglichen Bedarfs zählen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli

Präsident



Raphael Noser

Fachsekretär

grüne / les verts / i verdi

waisenhausplatz 21 . 3011 bern . schweiz